

FBP-TERMINE

FBP

LIECHTENSTEIN

FBP Triesenberg Vormittag der Ideen

Wann
Samstag, 3. Dezember,
9 bis 11.30 Uhr

Wo
Restaurant Edelweiss
Was
Die FBP-Ortsgruppe Triesenberg möchte gemeinsam mit der Bevölkerung langfristige Visionen für die Entwicklung der Gemeinde erarbeiten. Hierfür lädt die FBP-Ortsgruppe die Bevölkerung zu einem gemeinsamen «Vormittag der Ideen» ein. Bringen Sie Ihre Vorstellungen und Ideen für die Entwicklung der Gemeinde Triesenberg mit, wir freuen uns, mit Ihnen darüber zu diskutieren.

FBP Mauren-Schaanwald Seniorenweihnacht

Wann
Sonntag, 4. Dezember,
14 bis 17 Uhr

Wo
Kulturhaus Rössle, Mauren

Was
Nach zweijähriger Coronapause findet die beliebte FBP-Seniorenweihnacht wieder statt. Dabei gibt es die Möglichkeit, den Neubau Kindergarten/Doppeltturnhalle zu besichtigen. Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

Junge FBP «Amol durch s Land»: Schaan

Wann
Sonntag, 4. Dezember, 15 Uhr

Wo
Lindaplatz, Schaan

Was
Die Junge FBP ist im Rahmen ihrer Aktion «Amol durch s Land» mit einem Elektroauto unterwegs und führt auf ihrer Tour durch Liechtenstein Gespräche mit FBP-Kandidaten an öffentlichen Plätzen.

FBP Triesen Treff am Montag

Wann
Montag, 5. Dezember,
ab 19 Uhr

Wo
Linde, Triesen

Was
Die Ortsgruppe lädt alle interessierten Personen zum Glühmost ein und freut sich auf zahlreiche Besucher.

FBP Ruggell Nominationsversammlung

Wann
Mittwoch, 7. Dezember,
18 Uhr

Wo
Gemeindsaal, Ruggell

Was
Im Zentrum des Anlasses steht die Nomination betreffend Vorsteherkandidatur sowie das FBP-Kandidatinnen- und Kandidaten-Team für die anstehenden Gemeindevahlen. Wir freuen uns über zahlreiche Gäste.

Kontakt
E-Mail: info@fbp.li
Internet: www.fbp.li



Staatsaufgaben und Staatshandeln in ausserordentlichen Zeiten

Liberal Themenabend bei der Stiftung für Staatsrecht und Ordnungspolitik: Michael Wohlgemuth präsentierte seine Studie «Staatsaufgaben, Staatsausgaben und Staatswachstum Liechtenstein im internationalen Vergleich». Und der Politische Ökonom Christoph A. Schaltegger referierte über Staatshandeln jenseits des Budgets. Das greife zunehmend um sich.

Was sind eigentlich legitime und sinnvolle Staatsaufgaben? Wie werden die in Liechtenstein erfüllt? Wie ist es Liechtenstein als kleinem Land gelungen, ein relativ schlanker, funktionsfähiger und souveräner Staat zu bleiben? Wie kann das Land als Staat und global wettbewerbsfähiger Standort auch weiterhin vergleichsweise effektiv, attraktiv und souverän bleiben? Wo sind Potenziale für noch bessere Erledigung alter wie neuer Staatsaufgaben? In seiner 200 Seiten umfassenden Studie behandelt Michael Wohlgemuth - er ist Wissenschaftlicher Leiter der Stiftung für Staatsrecht und Ordnungspolitik und Professor für politische Ökonomie an der Universität Witten/Herdecke - eine Reihe ordnungspolitischer Fragen, vermittelt Einblicke in die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben in einem sehr kleinen Land.

Im internationalen Vergleich steht Liechtenstein zum Teil dank und zum Teil trotz seiner «Grösse» gut da. Zu den Nachteilen des Kleinststaates gehörten, so Wohlgemuth, die hohen Fixkosten für die Bereitstellung vieler öffentlicher Leistungen für eine kleine Bevölkerung. Zu den Vorteilen der Kleinheit zähle neben den kurzen Wegen zwischen Verwaltungen und zwischen Staatsvertretern und den Bürgern auch die Vertrautheit im Land. Kostennachteile würden wiederum vermieden durch das «outsourcing», der Teilnahme an der Bereitstellung durch andere, insbesondere durch die Schweiz.

Ein nicht selbstverursachtes Staatswachstum ergibt sich aus der Mitgliedschaft beim EWR oder der OECD, der Übernahme von Regulierungen, Staatsaufgaben, die das Land vielleicht in Art und Ausmass so nicht selbst gewählt hätte. Für die Zukunft gelte es, die vielleicht als Luxusprobleme erscheinenden Bedrohungen



Das Foto zeigt von links: Christoph A. Schaltegger, Michael Wohlgemuth, Renate Wohlwend, Prinz Michael und Johannes Matt. (Foto: Michael Zanghellini)

des reichen Staates ins Auge zu fassen, der als Wohlfahrtsstaat ebenso leicht in Passivität, Beschränktheit und politische Orientierungslosigkeit geraten könne. Für mögliche Bedrohungen hat Wohlgemuth bei seinen Recherchen vor allem in den Bereichen Sozial- und Gesundheitspolitik, Klimapolitik und Daseinsvorsorge Anzeichen gefunden. Es stelle sich weiter die Frage, ob der Staat auf grundsätzlich auch von Privaten bestreitbaren Märkten «Gewinne» machen sollte, gerade wenn als Daumenregel gelte, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer sei.

Zunehmende Akademisierung der Beschäftigten

Eine Reise auf den Spuren des Staatswachstums, des staatlichen Fussabdrucks, skizzierte Christoph A. Schaltegger, ordentlicher Professor für Politische Ökonomie und Direktor des IWP an der Universität Luzern. Insbesondere beleuchtete er als eine «Sehenswürdigkeit» die Per-

sonalkosten, die Löhne, die ja nicht nur zu finanzieren sind, sondern auch auf dem Bildungssektor und auf dem Arbeitsmarkt einen wichtigen Stellenwert haben. Die Positionierung des Staates in diesen Bereichen sei eine besondere gesellschaftspolitische ordnungspolitische Frage. Anhand der Daten (aus Liechtenstein steht die erforderliche Datenmenge nicht zur Verfügung) sei die Schweiz im internationalen Vergleich in Hinsicht auf das BIP ein sehr schlanker Staat, betrachte man jedoch die Situation mit Einbezug der Lohnkosten des öffentlichen Sektors pro Kopf, so befinde sich die Schweiz im europäischen Mittelfeld mit einem international gesehen starken Wachstum.

Insbesondere bei der öffentlichen Verwaltung, beim Bildungswesen und bei den Bereichen Ordnung und Sicherheit sei die Schweiz im Vergleich zu den Nachbarländern teuer. Zu den Entwicklungstrends gehörten die Zentralisierung im Hinblick

auf die Entscheidungsverantwortung, das Wachstum der Beschäftigtenzahl im öffentlichen Sektor, die zunehmende Akademisierung beim Bund sowie die Lohnführerschaft, was für die Privatwirtschaft auf dem Arbeitsmarkt eine nicht unwesentliche Konkurrenzbedeutung bedeute.

Die grossen Probleme ordnungspolitischer Natur sieht Schaltegger bei den öffentlichen Unternehmen, den Institutionen des öffentlichen Rechts, beispielsweise der Post, die auf Risiko des Steuerzahlers unterhalten werden. Aktuell sind das weitgehend Energie- und Stromproduzenten, die staatliche Unterstützungen erhalten. Die Schweiz sei ein schönes Land, aber mit einem beträchtlichen steigenden staatlichen Fussabdruck, wobei insbesondere die staatlichen Löhne eine problematische Entwicklung zeigten, nicht nur wegen des steigenden Finanzierungsbedarfes, sondern weil sie auch bildungs- und arbeitsmarktpolitisch von Bedeutung seien, lautete das Fazit des Referenten. (hs)

Aus der Region Churer Stadtrat schliesst nachts «Fixer-WC»

CHUR Die WC-Anlagen im Churer Lindenuaipark werden ab sofort nachts geschlossen. Sie wurden seit dem Sommer zunehmend von der Drogenszene genutzt. Der Churer Stadtrat klagt, die Situation sei für die Anwohnenden nicht mehr zumutbar und erhofft sich von der Schliessung einen Rückgang des Drogenkonsums im Park. Die öffentliche Toilette die-

ne als Rückzugsort für den Drogenkonsum, schrieb die Stadt Chur am Donnerstag in einer Mitteilung. Das sei nicht länger zumutbar. Im Gegenzug zur Schliessung bleibe dafür der Stadtgarten während der Nacht geöffnet. Dieser war im Frühling 2020 nachts geschlossen worden, nachdem er regelmässig verwüstet worden war und auswärtige Personen ihr Lager dort aufgeschlagen hatten. Man wolle nun die Szene wieder in den Stadtgarten lenken, wo sich die Betroffenen auch tagsüber aufhalten, sagte der zuständige Stadtrat Patrik Degiacomi (SP) auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA.

Seit August habe es eine Verschiebung vom Stadtgarten zum Lindenuaipark gegeben. Dem wolle man nun entgegenwirken. Im Stadtgarten werde deshalb eine temporäre Überdachung installiert. Das sei allerdings nur eine vorübergehende Lösung. Die Situation sei «für die Betroffenen desolat». Gemäss Strategie der Stadt braucht es einen überwachten und sicheren Ort, wo sich suchterkrankte Personen aufhalten können. Darüber hinaus soll es eine niederschwellige Beratung geben und einen geschützten Konsumraum. Sobald dieses Angebot in Betrieb genommen werden könne, soll die

Überdachung im Stadtgarten wieder zurückgebaut werden. Um die Betroffenen kurzfristig vor den kalten Temperaturen im bevorstehenden Winter zu schützen, bietet die Stadt eine Notschlafstelle an. Zudem patrouillieren die Stadtpolizei und Mitglieder der Überlebenshilfe regelmässig nachts und bringen die Menschen in Sicherheit, wie Degiacomi weiter ausführte. Rund 30 Personen in Chur seien ohne festen Wohnsitz. Diese hätten die WC-Anlagen am Lindenuaipark jedoch nicht als Schlafstelle genutzt, stelle Degiacomi auf Anfrage klar. Dies sei ausschliesslich ein Konsumort gewesen. (sda)

An Grenzübergang St. Margrethen

Ausgestopfter Gepard sichergestellt

ST. MARGRETHEN Mitarbeitende des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) haben am Grenzübergang St. Margrethen einen ausgestopften Geparden sichergestellt. «Gefährdete oder von der Ausrottung bedrohte Tiere dürfen nicht oder nur mit einer entsprechenden Bewilligung in die Schweiz eingeführt werden. Dasselbe gilt für Produkte, die aus solchen Tieren hergestellt worden sind», heisst es in der BAZG-Medienmitteilung vom Donnerstag. Ein deutscher Staatsbürger war demnach Ende Oktober mit der ungewöhnlichen Fracht im Kofferraum unterwegs. Er wollte den ausgestopften Geparden mit seinem Privatfahrzeug von Österreich in die Schweiz einführen. Der Gepard war für eine in der Schweiz wohnhafte Privatper-

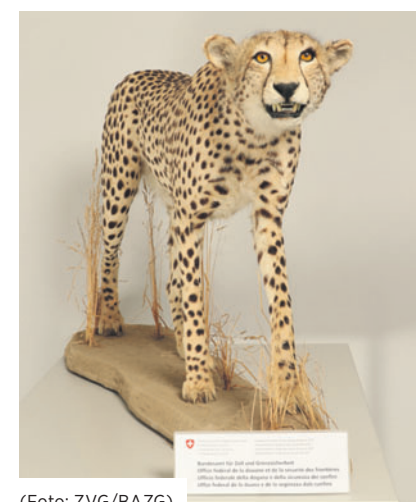
son bestimmt und wurde bei der Einfuhr am Grenzübergang ordentlich angemeldet. Aufgrund einer fehlenden CITES-Bewilligung wurde der Gepard von den Mitarbeitenden des BAZG jedoch sichergestellt.

Internationaler Artenschutz

Das internationale Artenschutzabkommen CITES (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora), auch bekannt als «Washingtoner Artenschutzabkommen», regelt den Handel mit gefährdeten Tier- und Pflanzenarten sowie mit Produkten, die aus solchen Tier- und Pflanzenarten hergestellt worden sind. Weltweit haben sich über 180 Länder dazu verpflichtet, zugunsten des Artenschutzes durch CITES zu-

sammenzuarbeiten. In der Schweiz ist das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) zuständig für die Umsetzung des Abkommens. Das BAZG führt im Auftrag des BLV entsprechende Kontrollen an den Grenzen und bei Warensendungen durch. Bei festgestellten Verstössen - wie im vorliegenden Fall - informiert das BAZG das BLV. Das BLV als zuständige Behörde prüft, ob und welche CITES-Bestimmungen verletzt worden sind und entscheidet über das weitere Vorgehen.

In der Schweiz sind für den Import und Export von CITES-Exemplaren meist eine Einfuhr- und eine Ausfuhrbewilligung erforderlich. Diese werden direkt vom BLV ausgestellt. «Bei Unklarheiten im Umgang mit



(Foto: ZVG/BAZG)

exotischen Tieren, Pflanzen oder Produkten aus solchen empfiehlt es sich, sich vorgängig zu informieren oder die Behörden zu kontaktieren», empfiehlt das BAZG. Weitere Informationen dazu gebe es bei ebendem oder beim BLV. (red/pd)